



DIGITALER RECHTSPRECHUNGS-KOMMENTAR MONATSÜBERSICHT AUGUST 2013, AUSGABE 27

**Exakt und präzise kommentieren renommierte Expertinnen und
Experten die aktuelle Rechtsprechung.**

ERBRECHT

Séquestre d'actions à titre de mesures de sûreté au sens de l'art. 551 al. 2 CC

François Logoz

La consignation en mains de justice d'actions prétendument propriété de la succession jusqu'à droit connu sur leurs propriétaires est une mesure de sûreté au sens de l'art. 551 al. 2 CC. Elle est purement conservatoire et ne produit aucun effet matériel, ce qui exclut la consorité active nécessaire propre aux actions formatrices.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [5A_134/2013](#) vom 23. Mai 2013

Publiziert am 26. August 2013

GESELLSCHAFTSRECHT UND FINANZMARKTRECHT

At arm's length-Prinzip bei Interessenkonflikt

Jucker Beat

Das Bundesgericht stellte vorliegend in aller Deutlichkeit fest, dass ein Darlehen an den eigenen Verwaltungsratspräsidenten den Anforderungen des at arm's length-Prinzips genügen, mithin marktüblich sein muss.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [4A_129/2013](#) vom 20. Juni 2013

Publiziert am 29. August 2013

IT-RECHT

Anwendung von Art. 5 Abs. 1 lit. b LugÜ auf Software

Gianni Fröhlich-Bleuler

Das Bundesgericht hält im Urteil vom 31. Juli 2013 (4A_149/2013) mit Verweis auf die herrschende Lehre fest, dass eine Sache im Sinne von Art. 5 Abs. 1 lit. b 1. Spiegelstrich LugÜ (Gerichtsstand am Erfüllungsort der Verpflichtung) nur ein körperlicher Gegenstand sei; aus diesem Grund könne einzig Software in materialisierter Form unter die Bestimmung fallen - also keine online übertragene.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [4A_149/2013](#) vom 31. Juli 2013

Publiziert am 26. August 2013



Caroline Walser Kessel

Kennst du das Recht?

Das Kinderbuch zum Schulbeginn vergünstigt.
Nur für kurze Zeit!

Statt CHF 56.-, für CHF 39.- inkl. MwSt.
Jetzt bestellen.

www.weblaw.ch

SOZIALHILFERECHT

Einstellung der Sozialhilfe wegen Rechtsmissbrauchs?

Peter Mösch Payot

Rechtsmissbrauch als Grund für die Einstellung der Sozialhilfe ist nur unter sehr engen Voraussetzungen möglich. Ein Urteil des Bundesgerichts vom November 2012 bestätigt die bereits bisherige Praxis zum Rechtsmissbrauch im Sozialleistungsrecht (vgl. auch Entscheid des Bundesgerichts 8C_927/2008; siehe dazu Mösch Payot Peter, Anreiz und Sanktionierung in der Sozialhilfe, in: dRSK, publiziert am 29. Mai 2009) und erinnert an einige verwaltungsrechtliche Verfahrensgrundsätze. Das Urteil hat danach als "Fall Beat" oder "Fall Berikon" für erhebliches mediales Aufsehen gesorgt (vgl. etwa "Blick" vom 24. Februar 2013 und Fernsehsendung "Club" vom 7. April 2013).

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [8C_500/2012](#) vom 22. November 2012

Publiziert am 6. August 2013

VERTRAGSRECHT

Kaufvertrag - Selbsteintritt des Kommissionärs

Martina Wäger / Markus Vischer

Das Bundesgericht hält fest, dass das Vorgehen einer Auktionatorin, die Waren aus ihrem Eigenbestand verkauft, gegenüber den Käufern jedoch vorgibt, als Kommissionärin zu handeln, unbedenklich ist, da Art. 436 OR den Selbsteintritt des Kommissionärs gesetzlich regelt.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [4A_570/2012](#) vom 16. April 2013
Publiziert am 13. August 2013

Kaufvertrag - Ausschluss der Gewährleistung nach CISG

Martina Wäger / Markus Vischer

Das Bundesgericht hält fest, dass ein klar unter dem Verkehrswert liegender Kaufpreis per se nicht als stillschweigender Gewährleistungsausschluss zu qualifizieren ist. Hierfür ist vielmehr vorausgesetzt, dass die Parteien den Preisnachlass bei Vertragsschluss sofort erkennen - was wiederum bedingt, dass die Parteien den Verkehrswert der Kaufsache kennen - und dass weitere Umstände des Vertragsschlusses auf den Gewährleistungsausschluss hindeuten.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [4A_741/2012](#) vom 26. März 2013
Publiziert am 13. August 2013

Preisanpassungsklauseln und Gewährleistungsansprüche im Kaufvertrag

Scarlett Schwarzenberger / Markus Vischer

Das Bundesgericht hält fest, dass die Wertgarantie und die Sachgewährleistung zwei voneinander unabhängige Mechanismen sind. Die dogmatische Unterscheidung zwischen Garantie und Gewährleistung bedeute jedoch nicht, dass Positionen, die bei einer Preisreduktion infolge der Wertgarantie berücksichtigt wurden, auch noch als Gewährleistungsansprüche geltend gemacht werden könnten.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [4A_627/2012](#) vom 9. April 2013
Publiziert am 7. August 2013





Caroline Walser Kessel

Im Bild sein über das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht

Der Vorsorgeauftrag und die gesetzliche Vertretung – **illustriert**

Editions Weblaw 2013
34 Seiten, CHF 16.–
ISBN 978-3-906029-61-0

www.weblaw.ch

EDITIONS WEBLAW

Der dRSK umfasst Rechtsprechungskommentare von über 100 Spezialisten auf mehr als 30 Rechtsgebieten. Die Expertenkommentierungen durchlaufen ein internes Peer Review anhand einer renommierten Redaktion, welches einen hohen Qualitätsstandard gewährleistet.

Neben den Expertenkommentierungen sind im dRSK Blog-Beiträge enthalten. Für die Inhalte dieser Beiträge zeichnen die Verfasser und Inhaber der Blogs verantwortlich - [Liste der Blogs](#)

Der dRSK wird separat und als Teil des Informations- und Rechercheportals Push-Service Entscheide angeboten. Die Besprechungen sind über einen Zitiervorschlag und Randziffern zitierfähig.

Statistik:

Zugang zum Push-Service Entscheide: 2422

Information und Impressum:

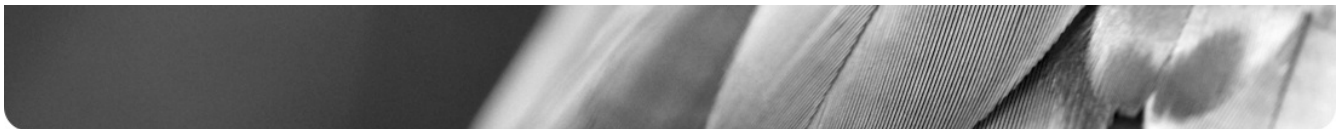
info@weblaw.ch | T +41 31 380 57 77

ISSN 1663-9995. Editions Weblaw.

Abmeldungen und Adress-Änderungen: Login unter <https://register.weblaw.ch>. Unter dem Navigationspunkt «Profildaten bearbeiten» und folgend «E-Mail Adressen» können Sie die Monatsübersicht zum dRSK abbestellen bzw. Adress-Änderungen vornehmen.

Bitte antworten Sie nicht auf diese E-Mail, sondern benutzen Sie die oben erwähnten Kontaktinformationen.

<http://drsk.weblaw.ch>



Weblaw AG | Cybersquare | Schwarztorstrasse 22 | 3007 Bern
T +41 31 380 57 77 | F +41 31 380 57 78 | info@weblaw.ch

weblaw.ch